Mali

République du Mali, kolonial: Französischer Sudan / Soudan français

letzte Bearbeitung 09.07.2023

Republik ("3. Republik") auf der Basis einer Verfassung von 1992, 1999 novelliert. Eine revidierte Fassung nahm das Parlament 2017 mehrheitlich an; aufgrund starker Opposition in der Zivilgesellschaft wurde die geplante Volksabstimmung aber auf unbestimmte Zeit verschoben; die Militärregierung verlängerte 2021 die Verschiebung weiter und versprach 2022 die Einsetzung einer Verfassungskommission.

Staatschef: nach einem neuerlichen Putsch Obst. Assimi GOITA (2021 -, als Interimspräsident); im Mai 2021 liess er Ndaw verhaften und übernahm dessen Amt. ECOWAS suspendierte daraufhin die Mitgliedschaft von Mali und forderte Wahlen im Februar 2022.
Frühere Staatschefs: Modibo KEITA (1960-1968), Moussa TRAORÉ (1968-1991), Alpha Oumar KONARÉ (1992-2002), Amadou Toumany TOURÉ (1991-1992, 2002-2012), Dioncounda TRAORE (ad interim 2012-2013, nach Militärputsch), Ibrahim Boubacar KEITA (2013-2020, Militärputsch), Bah NDAW (2020-2021 ad interim)

Unabhängig seit 20.6.1960 (Mali-Föderation) **bzw. 22.9.1960** (Proklamation des Staates Mali in seinen heutigen Grenzen). Bis zur Machtübernahme der Militärs 1968 hatte die US-RDA (*Union Soudanaise-Rassemblement Démocratique Africain*) die Funktion einer Einheitspartei in einem sozialistischen Staat. Vertreter von über 40 Parteien und zahlreichen anderen Organisationen schufen in einer "Nationalkonferenz" 1992 eine demokratische Verfassung, doch führten die Umstände, unter denen 1997 Wahlen abgehalten wurden, zu einer neuerlichen Ablehnung des politischen Systems durch die Opposition.
Die Militärjunta hob die Verfassung auf und ersetzte das Parlament durch einen „Übergangsrat". Kurz zuvor (März/April 2020) hatte es eine Wahl gegeben, an der nur 35,25% der Wähler_innen teilnahmen. Dabei gewann die Partei von I. B. Keita (*Rassemblement pour le Mali*, RPM) 51 der 147 Mandate; ADEMA (*Alliance pour la Démocratie au Mali*) 24 Mandate, URD (*Union pour la république et la démocratie*) 19 Sitze, MPM (*Mouvement pour le Mali*) 10 Sitze. Weitere 21 Parteien und 2 Parteifreie bekamen die übrigen Mandate.

1,240.192 km² gross; 21,35 Mio. Einwohner (2023), von denen mehr als 3/4 im fruchtbaren Süden (1/3 der Gesamtfläche) leben; Zuwachsrate 2,93%. Überwiegend ländliche Bevölkerung (53,8%); die immer wiederkehrende Dürre trug seit Anfang der 1970er Jahre zu einer beschleunigten Verstädterung bei. Nach *Jeune Afrique* leben zusätzlich 3,5 Millionen Malier im Ausland; ihnen sind 13 Mandate der Nationalversammlung reserviert.
Hauptstadt: Bamako (2,9 Mio. Ew. 2023). Andere grössere Städte: Segou, Mopti, Sikasso, Kayes, Toumbouctou, San.
Währung: F CFA (XOF), 100 FCFA = 1 FF = 0,15 Euro / 0,16 CHF

Offizielle Sprache: Französisch (von nur ca. 10% der Bev. gesprochen). 13 Nationalsprachen: Bambara, Bobo, Bozo, Dogon, Ful, Khassonke, Malinke, Maurisch (Hassaniya), Senufo, Soninke, Songhay, Syenara, Tamashek. Die Gruppe der Mandesprechenden (Bambara, Malinke, Dyula etc.) ist mit knapp 64% die stärkste in Mali; es folgen Ful (13,3%), Senufo- (10%) und Songhaysprecher_innen (7%). Nur etwa 35% der Bevölkerung ist literat.

Wirtschaft: Während der Kolonialzeit versorgte das Land den angrenzenden Senegal mit Getreide (Hirse, Sorghum) und Wanderarbeitern. Dazu wurden Baumwolle und Erdnuss als Exportprodukte angebaut; etwa 80% der Bevölkerung leben heute von der Landwirtschaft. 34,1% des Bodens sind dafür nutzbar, davon 5/6 als Weideland. Die Trockenheit Anfang der 1970er und wieder in den 80er Jahren (rd. 65% des Staatsgebiets ist Wüste oder Halbwüste) hatte verheerende Folgen für die agrarische Produktion und die Viehhaltung.
Nach einer durch Modibo Keita eingeleiteten und von den Militärs fortgeführten Politik der "sozialistischen Option", die den Handel und die Industrie staatlichen Firmen vorbehielt und in der Landwirtschaft eine Kollektivierung voran trieb, setzte die Regierung Moussa Traoré nach 1979/80 verstärkt auf Privatisierung und Fremdinvestition. Die Verschuldung und Abhängigkeit stieg jedoch in den 1980er Jahren drastisch.
Nach dem Sturz Traorés beruhigte sich die wirtschaftliche wie politische Situation Mitte der 1990er Jahre einigermassen. Eine günstige Entwicklung der Landwirtschaft, die Eröffnung einer neuen Goldmine und eine - zumindest aus offizieller Sicht - erfolgreiche Umsetzung des Strukturanpassungsabkommens von 1992 kennzeichneten die Situation bis zur Jahrtausendwende. Nach 2000 verschlechterte sich die Lage erneut: 2004 gab es nur ein Wirtschaftswachstum von 0,5%. Heuschrecken vernichteten ein Drittel der Getreideernte und machten rd. 1 Mio. Menschen von Hungerhilfe abhängig.
Die inneren Auseinandersetzungen (Militärputsches, Krieg im Norden, Regionalkonflikte Hirten-Bauern) trugen weiter zu einem Niedergang bei – erst ab 2013 ging es wieder aufwärts. Eisenerzvorkommen (1,36 Mrd. t) und Bauxitlager versprechen zukünftig eine breitere wirtschaftliche Basis. Gold führt mit 9,03 Mrd. US-$ (2021) die Exportstatistik an, gefolgt von Baumwolle und Vieh. Nach Südafrika, Ghana und Sudan ist Mali Afrikas bedeutendster Goldproduzent - 2022 waren es gem. Reuters 66,2 t sowie 6 t aus kleingewerblicher Produktion.
Schlüsseldaten 2021: BIP 16,31 Mrd. US-$; Wirtschaftswachstum 3,1%, Inflation 3,9%, Exporte: 9,38 Mrd. US-$, Importe 4,56 Mrd. US-$; Auslandsschulden 5 Mrd. US-$. 2021 erhielt Mali 1,41 Mrd. US-$ an ODA (*Official Development Aid*). 44,4% der Bevölkerung lebten unterhalb der Armutsgrenze (Weltbank).
Im Human Development Index 2022 nahm Mali Platz 186 (unter 191 Staaten) ein.